

**Niederschrift über die öffentliche
Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses**

am Donnerstag, den 24.09.2020
im Kulturzentrum am Karlsplatz, Karlshalle

Beginn:	16:00 Uhr
Ende	17:50 Uhr

Anwesenheitsliste

Vorsitzender

Bucka, Markus, Dr.

Ausschussmitglieder

Eff, Hans Jürgen

Erbguth-Feldner, Meike

Hessenauer, Walter

Hüttinger, Hannes

Lintermann, Jochen

Lösch, Daniel

Meyer, Boris-André

Reisner, Frank

Rühl, Oliver

Salinger, Stefan

Sauerhammer, Gerhard

Sauerhöfer, Jochen

Sichermann, Paul

Stephan, Manfred

Vogel, Nadine

Vertretung für Herrn Fabi

Sachverständige

Hauff, Peter

Schriftführerin

Thum-Wolf, Doris

Verwaltung

Brenner, Mathias

Wießner, Kevin

Referenten

Kleinlein, Udo

Abwesende und entschuldigte Personen:

Ausschussmitglieder

Fabi, Markus

entschuldigt

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- TOP 1 Anfragen/Bekanntgaben
- TOP 2 Ausweisung eines neuen Ortsteils – Ansbach Gewerbepark Ansbach West
- TOP 3 Umsetzung von Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit an der Kreuzung Hohenzollernring/ Schalkhäuser Landstraße
- TOP 4 Verbesserung der Verkehrssituation in Strüth - Antrag der SPD
- TOP 5 Tempo 30 vor allen Ansbacher Bildungseinrichtungen - gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CSU, BAP, SPD und FW/AN
- TOP 6 Umsetzung und Fortschreibung des Beschlusses des Stadtrates vom Mai 2009; Radverkehrskonzept: hier:
 - a) Wegweisende Beschilderung;
 - b) Fahrradstellplatzsatzung;
 - c) Gestaltung von Schutz- und Radfahrstreifen:
- TOP 7 Protokollberichtigung zum Protokoll des UVKA vom 18.06.2020; Antrag Bündnis90/ DIE GRÜNEN;

Herr Dr. Bucka eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass ordnungsgemäß und termingerecht zur Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses geladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Anfragen/Bekanntgaben

1.1. Bekanntgabe zum Lichtkonzept

Herr Brenner berichtet, dass der Antrag der BAP vom 07.19.2019 zur Thematik Lichtkonzept in der Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 15.01.2020 nicht abschließend behandelt werden konnte. Heute kann er ergänzende Informationen von Seiten des Tiefbauamtes weitergeben.

Im Bereich der Westtangente erfolgt die Beleuchtung aktuell mit Natriumdampflampen. Eine Umrüstung auf LED wurde vom Tiefbauamt geprüft und ist auch möglich. Es wird mit rund 4.000 € für den Komplettaustausch im Bereich der Westtangente gerechnet. Die Umstellung auf LED erfolgt weiterhin sukzessive. Entsprechende Haushaltsmittel stehen hierfür zur Verfügung.

Bis Ende 2021 ist eine Umrüstung von bis zu 80% der Straßenbeleuchtung realisierbar. Der Vorschlag einer örtlichen Abschaltung soll im Stadtrat zur gegebenen Zeit entschieden werden.

1.2. Bekanntgabe Sachstand Altlasten Pigrolgelände

Herr Brenner berichtet, dass der aktuelle Sachstand gegenüber der Bekanntgabe im Umwelt- und Verkehrsausschuss vom 18.06.2020 unverändert sei. Das weitere Vorgehen erfolge in enger Abstimmung mit dem Wasserwirtschaftsamt.

1.3 Bekanntgabe zu PFC

Herr Kleinlein informiert die Ausschussmitglieder, wie zugesagt, über den aktuellen Stand. Bereits Ende August gab das Amerikanische Verteidigungsministerium grünes Licht für die Vergabe der Planungsleistungen für die Abstomsicherung für das kontaminierte Grundwasser. Damit sei innerhalb der nächsten Wochen mit einer Vergabe der Planungsleistung für die Abstomsicherung zu rechnen.

1.4 Bekanntgabe zur Verkehrssicherheit in der Schalkhäuser Straße und der Schalkhäuser Landstraße

Herr Wießner informiert über die erarbeiteten Verbesserungsvorschläge für die Verkehrssicherheit für den Radverkehr in der Schalkhäuser Straße und der Schalkhäuser Landstraße, die zusammen mit der Polizei erarbeitet wurden.

- Analog der Vorgehensweise an der Oechsler-Kreuzung soll an der Ecke Schalkhäuser Straße/ Merckstraße ein Radaufstellstreifen angebracht werden. Mittels einer Furtmarkierung sollen Radfahrer vom Gehweg – Radfahrer frei, auf den Aufstellstreifen geleitet werden.
- An der Bahnunterführung wurden bereits zum besseren Erkennen des Straßenverlaufes die Fahrstreifen angepasst.
- an der Kreuzung Schalkhäuser Straße/ Hohenzollernring sollen die Ampelphasen getrennt werden.

- Ein Konzept zum Umbau des Kreuzungsbereiches, entsprechend der Empfehlung für Radverkehrsanlagen, soll erarbeitet werden, welches dann in einer der nächsten Sitzungen zusammen mit der Kostenschätzung vorgestellt werden soll
- Die Ortsgrenze Schalkhausen könnte Richtung Osten verschoben werden
- Es wird die Errichtung von Querungsstellen geprüft.
- Das Ergebnis der Überprüfung der Schalkhäuser Landstraße wird in einer der nächsten Sitzungen vorgestellt

1.5 Bekanntgabe: Antrag auf Sondernutzungserlaubnis für ein Werbefahrrad

Herr Wießner gibt bekannt, dass die Firma Reklarado einen Antrag auf eine Sondernutzungserlaubnis für Werbefahrten mit einem Fahrrad durch das Stadtgebiet gestellt habe. Herr OB Deffner habe um ein Meinungsbild aus dem Ausschuss gebeten. Nach einer kurzen Erläuterung des Sachverhaltes erfolgt aus dem Gremium eine mehrheitliche Ablehnung des Antrages.

1.6. Bekanntgabe zum Radweg Ansbach-Obereichenbach

Herr Wießner berichtet von einem Ortstermin der Straßenverkehrsbehörde zusammen mit der Polizei. Folgende Vorschläge zur Verbesserung der Verkehrssicherheit können heute gemacht werden:

- Markierung der gesamten Strecke mit einem Schmalstrich als seitliche Begrenzung
- In den Bereichen, in denen der Radweg überfahren oder auf dem Radweg gefahren werden kann, wird ein unterbrochener Schmalstrich markiert
- Diese sollten eingelegt und nicht mit Farbe aufgebracht werden
- An zwei Stellen soll eine Beschilderung von Vorrangregelungen erfolgen

1.7 Bekanntgabe: Antrag zum Halteverbot in der Bandelstraße vom 21.05.2020

Herr Wießner gibt bekannt, dass der o.g. Antrag zur Errichtung eines Streckenhalteverbots zwischen den Anwesen Nr. 28 und Nr. 40 zur heutigen Sitzung nicht mehr geprüft werden konnte. Die Straßenverkehrsbehörde wird zusammen mit der Polizei den Antrag prüfen und im nächsten Umwelt- und Verkehrsausschuss berichten.

1.7 Anfrage Herr Stadtrat Eff

Herr Eff berichtet von einer Änderung der Parkmöglichkeiten im Bereich der Firma Hofstetter. Anwohner und Kunden der Firma könnten nun nicht mehr auf dem Seitenstreifen halten. Er bittet darum, den ursprünglichen Zustand wiederherzustellen.

Herr Wießner und Herr Hauff erklären, dass es leider versäumt wurde, die Sonderregelung während der Umbauphase der Firma Hofstetter wieder zurück zu nehmen. Parkmöglichkeiten wurden nun beschildert und der ursprüngliche Zustand wiederhergestellt.

Herr Dr. Bucka schlägt vor, die Thematik vor Ort nochmals zu betrachten und im nächsten Umwelt- und Verkehrsausschuss zu berichten.

1.8 Anfrage Herr Stadtrat Sauerhöfer

Herr Sauerhöfer findet es datenschutzrechtlich bedenklich, dass beim Parken von Liefer- bzw. Handwerkerfahrzeugen in der Fußgängerzone ein Hinweis zum Arbeitsort bzw. dem Auftraggeber ausgelegt werden muss.

Herr Kleinlein erwidert, dass dieses Vorgehen so in den Anwendungshinweisen des Bayerischen Staatsministeriums des Inneren zum Vollzug der StVO geregelt sei und

lediglich die Adresse ohne Namen angegeben werden müsse. Er sehe hier keinen Verstoß gegen die Datenschutzgrundverordnung.

1.9 Anfrage Herr Stadtrat Hüttinger

Herr Hüttinger erinnert an die Aussage vom 18.06.2020, dass die Pachtverträge städtischer Flächen, die nicht auf den Einsatz von glyphosathaltigen Mitteln oder Substanzen verzichten, gekündigt werden Er möchte wissen, wo dies so geschehen ist. Herr Kleinlein kann hierzu keine Aussage treffen. Er wird dies an das zuständige Liegenschaftsamt weitergeben und Herrn Hüttinger anschließend über das Ergebnis informieren.

1.10 Anfrage Bündnis90/Die Grünen zur Aktion Gelbes Band

Herr Rühl trägt die im Vorfeld schriftlich eingereichte Anfrage vor.

Aktion „Gelbes Band“: Rettung und Verwertung von nicht verwendetem Obst aus Streuobstbeständen. Auch in Ansbach umsetzbar? Hat die Stadt Streuobstbestände in ihrem Besitz?

Wir haben gehört, dass es evtl. eine Fläche in Neudorf gibt, wo Freiwillige nach der Auszeichnung der Flächen mit dem gelben Band, Streuobst abernten könnten. Trifft dies zu? Kann diese Maßnahme evtl. noch in diesem Jahr umgesetzt werden?

In dem Zuge könnte man auch Privatleute ansprechen, die ihre Bäume zur Verfügung stellen, weil sie selbst nicht abernten.

Herr Dr. Bucka befürwortet die Aktion. Er gibt zu bedenken, dass bei dieser Thematik 3 verschiedene Fachbereiche beteiligt seien und es in diesem Jahr evtl. nicht mehr durchführbar sei. Für das kommende Jahr ist die Aktion definitiv eingeplant.

1.11 Anfrage Bündnis90/Die Grünen zum Gewerbegebiet Elpersdorf – Umsetzung der artenschutzrechtlichen Maßnahme

Herr Rühl trägt die im Vorfeld eingereichte Anfrage vor.

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 26.02.2016 zum Bebauungsplan Br.EL 7 für den Industrie- und Gewerbepark Elpersdorf-Süd nachfolgenden Beschluss gefasst:

„Zur Schaffung neuer Brutplätze für Gehölbewohner ist die Eingrünung und Durchgrünung des Gebietes mit heimischen, standörtlich geeigneten Strauch- und Baumarten vorzunehmen“.

Hierzu frage ich die Verwaltung: Wurde bereits vor Ort geprüft, ob die Maßnahme umgesetzt ist? Und ist aus Sicht der Verwaltung die beschlossene Maßnahme ausreichend Rechnung getragen und naturschutzfachlich ausreichend?

Herr Kleinlein erklärt, dass die zuständigen Fachbereiche Stadtentwicklung und Klimaschutz die Anfrage prüfen und wir im nächsten Ausschuss berichten.

1.12 Anfrage Bündnis90/Die Grünen zur Verkehrserschließung für den Bereich „Am Drechselsgarten“

Herr Rühl trägt die im Vorfeld eingereichte Anfrage vor.

Das ehemalige Hotel „Am Drechselsgarten“ wird mittlerweile zu 38 Wohnungen umgebaut. Zudem ist davon auszugehen, dass zwei weitere Mehrfamilienhäuser gebaut werden. Gibt es dazu seitens der Stadtverwaltung hier Planungen die Verkehrsanbindung anzupassen?

Herr Wießner teilt mit, dass die Verkehrserschließung den zukünftigen Anforderungen entspricht.

1.13 Anfrage Bündnis90/Die Grünen zur Anfrage „Zu schmaler Fahrradstreifen/ Schutzstreifen in der Bahnhofsstraße in der Sitzung am 18.06.2020

Frau Erbguth-Feldner verweist auf ihre noch nicht beantwortete Anfrage aus der Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses vom 18.06.2020.

Herr Wießner erklärt, dass die Planungen abgeschlossen, aber noch nicht umgesetzt seien. Er wird Frau Erbguth-Feldner im Nachgang zur Sitzung eine schriftliche Information zukommen lassen.

1.14 Anfrage Bündnis90/Die Grünen zum Strüther Berg

Frau Erbguth-Feldner trägt die im Vorfeld eingereichte Anfrage vor.

Die Straße „Strüther Berg“ soll im Zuge der Baumaßnahmen Weinberg-West zur Einbahnstraße gemacht werden. Plant die Stadt, dass der „Strüther Berg“ von unten nach oben befahrbar sei soll? Unserer Ansicht nach könnte dies einen vermeidbaren Rückstau ggf. bis auf die Kreuzung produzieren! Gibt es Planungen, die Einfahrt von unten ggf. für Kraftfahrzeuge zu sperren oder/ und die Straße „Strüther Berg“ als Fahrradstraße auszuweiten? Soll das ganze Wohngebiet zu beruhigt werden z.B. durch die Aufnahme in eine Zone 30?

Herr Dr. Bucka führt aus, dass sich die Verkehrsthematik zu Weinberg-West noch in Planung befindet. Aktuell ist für den „Strüther Berg“ keine Einbahnstraßenregelung geplant. Die Straße soll lediglich eine Verbindung für die Anwohner darstellen.

1.15 Anfrage Bündnis90/ Die Grünen

Frau Erbguth-Feldner gibt bekannt, dass aus den Reihen der Elternschaft der Evangelischen Schule der Wunsch geäußert wurde, die provisorische Ampel vor der Schule zu belassen.

Herr Dr. Bucka teilt mit, dass er die Frage heute nicht beantworten könne.

1.16 Anfrage Frau Stadträtin Vogel

Frau Vogel fragt nach dem aktuellen Stand der Bezuschussung von Stoffwindeln.

Herr Kleinlein wird die Anfrage zur Beantwortung an die Kämmerei weiterleiten.

1.17 Anfrage Herr Stadtrat Sauerhammer

Herr Sauerhammer verweist auf eine Anfrage in der Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 18.06.2020 mit dem Hinweis auf den, bedingt durch die Verlegung von Kabeltrassen, schlechten Zustand des Feldweges um den Windpark Strüth/ Egloffswinden im Verlauf der Kabeltrasse. Er bittet darum, den Feldweg in einen ordnungsgemäßen Zustand zu bringen und so herzurichten, dass dieser mit dem Fahrrad befahrbar ist.

Herr Dr. Bucka erklärt, er werde dies an das Baureferat weitergeben.

TOP 2	Ausweisung eines neuen Ortsteils – Ansbach Gewerbepark Ansbach West
--------------	--

Herr Dr. Bucka erläutert den **Sachverhalt:**

Auf Grund des Austausches im UVKA vom 18.06.2020 wurde durch die Verwaltung die Ausweisung eines neuen Ansbacher Ortsteils geprüft.

Nachdem der Dr.-Zumach-Ring durch seine geschlossene Bebauung die Charakteristika einer geschlossenen Ortschaft aufweist und die Ansiedlung von

Bürgerinnen und Bürger im Dr.-Zumach-Ring statthaft ist, kann ein Ortsteil ausgewiesen und mittels Ortstafeln beschildert werden.

Bezüglich der Namensgebung wird die Bezeichnung: **Ansbach Gewerbepark Ansbach West** gewählt.

Ein Muster zu den Ortstafeln hängt an.

Herr Stephan bittet in diesem Zusammenhang darum

- die Aufstellung des fehlenden Pfeilwegweisers Richtung Dautenwinden noch anzubringen
- die falsche Markierung zu entfernen und
- die „deplatzierte“ Kurvenleittafel zu entfernen

Beschlussvorschlag:

Es wird ein neuer Ortsteil *Ansbach Gewerbepark Ansbach West* ausgewiesen sowie die Beschilderung des Dr.-Zumach-Rings mit Ortstafeln entsprechend dem vorgelegten Muster vorgenommen.

Einstimmig beschlossen.

TOP 3 Umsetzung von Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit an der Kreuzung Hohenzollernring/ Schalkhäuser Landstraße

Herr Dr. Bucka verweist auf den vorliegenden Antrag:

Die Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt:

Die Verwaltung wird beauftragt, Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit für Fußgängerinnen und Fußgänger sowie Radfahrerinnen und Radfahrer an der Kreuzung Hohenzollernring / Schalkhäuser Landstraße zu prüfen und zeitnah umzusetzen.

Noch in diesem Jahr soll geprüft werden, ob die Fuß- und Radwegüberwege mit roter Farbe an der Kreuzung Hohenzollernring / Schalkhäuser Landstraße markiert werden können.

In einer der nächsten Sitzungen wird dem Gremium berichtet, welche Gefahrenstellen und Unfallschwerpunkte im Ansbacher Fuß- und Radwegenetz vorliegen und welche Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit vorgesehen sind.

Herr Wießner ergänzt, dass die Markierung der Fuß- und Radwegüberwege mit roter Farbe grundsätzlich eine „gute Idee“ darstelle. Einig sei man sich mit der Polizei, dass in diesem Fall aber keine ausreichende Effektivität erzielt werden könne.

Frau Erbguth-Feldner erläutert als Antragstellerin den Antrag.

Den vorgeschlagenen Umbau der Kreuzung sehe man durchaus positiv, allerdings sei dies nur eine mittelfristige Lösung. Es müsse hier zeitnah eine Verbesserung der Verkehrssicherheit erreicht werden. Sie bittet nochmals darum, die kostengünstige Lösung der roten Markierung anzubringen.

Beschlussvorschlag Teil 1:

Der Fuß- und Radwegüberweg an der Kreuzung Hohenzollernring /Schalkhäuser Landstraße wird mit roter Farbe markiert.

einstimmig angenommen.

Beschlussvorschlag Teil 2:

In einer der nächsten Sitzungen wird dem Gremium berichtet, welche Gefahrenstellen und Unfallschwerpunkte im Ansbacher Fuß- und Radwegenetz vorliegen und welche Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit vorgesehen sind.

gegen 1 Stimme angenommen

TOP 4 Verbesserung der Verkehrssituation in Strüth - Antrag der SPD

Herr Dr. Bucka verweist auf den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion.

Die SPD-Fraktion beantragt die Verkehrssituation auf der Ortsverbindung zwischen Strüth und Strüther Plateau zu beobachten und wenn nötig, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Verkehrssicherheit und damit den Schutz der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Es wird um Berichterstattung im nächsten Umwelt- und Verkehrsausschuss gebeten.

Herr Hauff erklärt, dass zum einen die Straße innerorts vom Krankenhaus bis zum Ortsschild sehr schmal und auch sehr zugeparkt sei und nur eine geringe Geschwindigkeit erreicht werden könnte. Zum anderen sei außerorts die topographische Lage der Straße nicht für eine erhöhte Geschwindigkeit geeignet. Er sehe aus polizeilicher Sicht keine Notwendigkeit einer Geschwindigkeitsbeschränkung.

In der anschließenden Diskussion werden unterschiedliche Ansichten und Argumente ausgetauscht.

Herr Dr. Bucka stellt abschließend fest, dass die im Antrag erbetene Berichterstattung hiermit erfolgt sei und somit keine Beschlussfassung erforderlich wird.

Dient zur Kenntnis.

TOP 5 Tempo 30 vor allen Ansbacher Bildungseinrichtungen - gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CSU, BAP, SPD und FW/AN

Herr Dr. Bucka verweist auf den vorliegenden gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CSU, BAP, SPD und FW/AN.

Die Fraktionen CSU, BAP, SPD und FW/AN beantragen, dass der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließen möge, vor allen Ansbacher Bildungseinrichtungen Tempo 30 einzuführen.

Im Antrag wird explizit um Prüfung einer Geschwindigkeitsreduzierung im Bereich der Hochschule gebeten.

Weiterhin wird die Verwaltung gebeten mitzuteilen, vor welchen Kindergärten und Schulen bereits eine Geschwindigkeitsbeschränkung angeordnet wurde.

Eine Darstellung der aktuellen Verkehrssituationen vor den Ansbacher Bildungseinrichtungen erfolgt mündlich in der Sitzung. Eine Aufstellung aller Kindergärten und Schulen, vor denen bereits 30 km/h angeordnet wurde, hängt der Tagesordnung an.

In der anschließenden Aussprache werden die Argumente ausgetauscht und weitere Anmerkungen aufgeführt:

- an 33 von 35 Standorten von Kindertagesstätten, Grund-, Mittel- und Förderschulen gilt bereits eine maximale Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h
- an 6 von 19 Standorten von weiterführenden oder sonstigen Schulen besteht ebenfalls eine maximale Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h
- keine Regelung gibt es für
 - das Staatliche Berufliche Schulzentrum (BSZ) in der Brauhausstraße
 - die Landwirtschaftsschule in der Mariusstraße
 - die Hochschule
- aus dem Gremium wird angeregt, das Gymnasium Carolinum in die Liste aufzunehmen, da dieses einen 2. Ausgang zur Schalkhäuser Straße hat
- aus dem Gremium wird angeregt, auch die Robert-Limpert-Schule in die Liste aufzunehmen, da die Schüler das Gebäude hauptsächlich in Richtung Kanalstraße verlassen würden
- aus dem Gremium wird angeregt zu prüfen, ob der Bereich um die Hochschule als Zone 30 ausgewiesen werden kann..

Beschlussvorschlag:

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt die Einführung von Tempo 30 in den Bereichen

- a. der Schalkhäuser Straße in Höhe des Gymnasiums Carolinum
- b. der Brauhausstraße im Bereich des Staatlichen Schulzentrums
- c. der Kanalstraße in Höhe der Robert-Limpert-Schule
- d. rund um die Hochschule als Zone Tempo 30

rechtlich zu prüfen und falls rechtlich möglich, ohne erneuten Beschluss, umzusetzen.

Einstimmig beschlossen.

TOP 6	Umsetzung und Fortschreibung des Beschlusses des Stadtrates vom Mai 2009; Radverkehrskonzept: hier: a) Wegweisende Beschilderung; b) Fahrradstellplatzsatzung; c) Gestaltung von Schutz- und Radfahrstreifen:
--------------	--

Herr Wießner informiert, dass der Antrag der SPD vom 02.01.2020 in der letzten Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 18.06.2020 auf die heutige Sitzung verschoben werden musste.

In dem Antrag wurde um Auskunft zu folgenden Maßnahmen gebeten:

1 a. Wegweisende Beschilderung

Zusammen mit dem ADFC und Carina fand eine gemeinsame Befahrung des Stadtgebietes statt, um Routen für ein Alltagsroutennetz festzulegen.

Das Radwegenetz des Tourismusverbandes Romantisches Franken wurde im Rahmen der Neubeschilderung von 2018-2020 in Teilbereichen überplant. Zudem wurden die Anbindungen an die Nachbarlandkreise/-kommunen durch ein Planungsbüro abgefragt und bei der Planung berücksichtigt). Bei einem ersten verwaltungsinternen Arbeitstreffen mit allen beteiligten Ämtern Ende September wird das Thema „Beschilderung des innerstädtischen Gesamtradwegenetzes mit den Alltags- und Freizeitrouten“ auf der Agenda stehen. Dies ist als erster Schritt zu sehen, um weitere Maßnahmen zu koordinieren und eine einwandfreie und gepflegte Beschilderung für das innerstädtische Gesamtradwegenetz nach FGSV Kriterien herzustellen.

1 b. Fahrradstellplatzsatzung

Die Fahrradstellplatzsatzung wird in den Bauausschuss verwiesen. Die Überarbeitung der Stellplatzsatzung kann auch hinsichtlich der Fahrradabstellanlagen und eines möglichen Carsharings betrachtet werden

1 c. Gestaltung von Schutz- und Radfahrstreifen z.B. in der Bahnhofsstraße

In einer gemeinsamen Begehung mit ADFC und Carina wurde festgehalten, dass der vorhandene Radfahrstreifen zu schmal ist. Auch aus verkehrsplanerischer Sicht ist dieser gegen einen breiteren Schutzstreifen auszutauschen.

Ein Schutzstreifen soll laut ERA eine Breite von 1,50 m (Exklusiv der Fahrbahnlinie) haben. Die Fahrbahn hat eine Breite von 9,00 m, wodurch nach Abzug der Schutzstreifen immer noch 6,00 m, also 3,00 m pro Fahrtrichtung, zwischen den Schutzstreifen Platz ist. Laut ERA sind „nur“ mindestens 4,50 m zwischen den Schutzstreifen erforderlich. Problematisch sind die Längsparkplätze ab Höhe der NORMA-Einfahrt, die erhöhte Unfallgefahr durch das sog. Doorings hervorrufen. Die ERA schreibt, dass bei Längsparkstreifen bei häufigen Parkwechsel ein weiterer Sicherheitsstreifen von 0,50 m erkennbar sein soll. Dieser soll baulich extra breite

Parkbuchten aufweisen oder durch entsprechende Markierung hergestellt werden. Bei wenigen Parkvorgängen und beengten straßenräumlichen Situationen kann der Schutzstreifen einschließlich Sicherheitsraum 1,50 m breit sein. Der Sicherheitsraum muss dann nicht baulich oder durch Markierung ausgebildet sein.

Somit entspricht die Anfrage der Planungen der Verwaltung. Es konnte bisher leider personell bedingt, noch nicht weiterverfolgt werden.

2. Umsetzung des Beschlusses des Verkehrsausschusses vom 29.01.2018:

Für die Schalkhäuser Landstraße wurde dieser Beschluss zwischenzeitlich durch den Beschluss des Verkehrsausschusses vom 18.06.2020 überholt.

Dient zur Kenntnis.

TOP 7 Protokollberichtigung zum Protokoll des UVKA vom 18.06.2020; Antrag Bündnis90/ DIE GRÜNEN;
--

Frau Erbguth-Feldner hat mit Mail vom 22.09.2020 um folgende Ergänzungen des Protokolls vom 18.06.2020 gebeten.

Einleitend verweist Herr Kleinlein auf die Erklärung von Herrn OB Deffner in der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses vom 22.09.2020 zur Thematik der Protokollberichtigungen. In der Geschäftsordnung der Stadt Ansbach der Stadt Ansbach wird in § 36 Absatz 2 festgelegt, dass die Niederschriften grundsätzlich als Beschlussprotokoll geführt werden und nur im Einzelfall erweitert werden. Er sehe für die den Frau Erbguth-Feldner gewünschten Protokollergänzungen keine Notwendigkeit.

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen bittet folgendes zu berichtigen:

1. zu TOP 1 Bekanntgaben

„Zu schmaler Fahrradstreifen/Schutzstreifen in der Bahnhofsstraße –**Antrag**
Anfrage Bündnis 90/Die Grünen“

einstimmig angenommen

2. zu TOP 6: Beschluss vom 29.1.2018 bitte folgendes ergänzen (fett gedruckt):

Es wird die Stadtverwaltung gebeten, den Beschluss vom 29.01.2018 aufzuheben und unter Beteiligung aller hierfür notwendigen Bereiche einen Verbesserungsvorschlag **bis zur nächsten Ausschusssitzung** zu erarbeiten, um die Verkehrssituation zu entschärfen.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt den Beschluss des Verkehrsausschusses vom 29.01.2019 zurück und beauftragt gleichzeitig die Verwaltung bis zur Sitzung im September einen Verbesserungsvorschlag auszuarbeiten, der darauf abzielt, die Verkehrssituation zu entschärfen.

gegen 4 Stimmen abgelehnt

3. zu TOP 7 bitte hier folgendes ergänzen:

- ➔ Frau Erbguth-Feldner betont, dass der Antrag unter TOP 7 durchaus rechtzeitig eingereicht war. Die Stadtverwaltung habe zunächst auch die Behandlung zugesagt. Dann sei der Antrag jedoch nicht auf der Tagesordnung erschienen. In dem Antrag gehe es lediglich um eine Prüfung der verschiedenen Optionen durch die Stadt Ansbach geht. Diese Optionen können dann ein Zebrastreifen, eine Aufpflasterung oder das Aufstellen von Tempo 30 Schildern sein. Das Aufstellen von Tempo-30-Schildern verursache – im Übrigen – wohl nicht wesentlich mehr Kosten, als der, von der BAP ebenfalls ohne Deckungsvorschlag eingereichte, Antrag unter TOP 5 weitere Ortsschilder aufzustellen.
- ➔ Frau Erbguth-Feldner weist daraufhin, dass der „Infospaziergang zur Verbesserung des Fußverkehrs“ eine Demonstration war und als solches angemeldet, nicht von der Fraktion organisiert und von einer größeren Anzahl verschiedenster Menschen unter anderem von Beschäftigten der Hochschule und von Studierenden besucht, wie die FLZ berichtete
- ➔ Nach einiger Diskussion veränderte Frau Erbguth-Feldner den Antrag der Grünen Fraktion folgendermaßen: Die Stadt unternimmt gemeinsam mit der Polizei eine Verkehrsschau rund an den geschilderten Punkten rund um die Hochschule, wenn sich der Unterrichtsbetrieb nach Corona wieder normalisiert hat und bezieht die Hochschulleitung und Studierendenvertretung mit ein.

Dieser Antrag wurde mit der beschriebenen Stimmenzahl abgelehnt.

gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Auflageverfahren

Die Niederschrift über die Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses vom 18.06.2020 wurde mit einer Änderung durch Auflage genehmigt.

Dr. Markus Bucka

Doris Thum-Wolf

Vorsitzender

Schriftführer/in